

nds 8 Uhr,
Montag, den
n am 8:
Fiechter
Mittelalter
gebung wird
endumsrat.

s Hin-
unseres
rulers,
+
wohlf-
ne zu-
Allen
es uns
ge für
Liebe
n.
benen.

r!
Nr. 15.—
24.—
Calw

ne
ie?
AL
ine.

Gold
ien!
sicherheit!
ng gebraucht
Bullebs
entropfen,
Drogerie,
wsai.

ven
breifen
t.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 281

Mittwoch, 1. Dezember 1926.

101 Jahrgang

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Außenpolitische Rede Briands in der Kammer.

Am Paris, 1. Dez. Im Laufe der auswärtigen Debatte in der französischen Kammer ergriff Außenminister Briand das Wort zu ängeren Ausführungen, in deren Mittelpunkt die Stellungnahme Frankreichs zum Völkerbund und die deutsch-französischen Auswärtungsverhandlungen standen. Wer den Frieden Europas wolle, so führte Briand aus, der müsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einen dauernden wirklichen Frieden anstreben. Ohne eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wäre ein dauerhafter Friede undenkbar. Die Verträge von Locarno seien erst seit 3 Monaten in Kraft. Mit ihrer Unterzeichnung hätte Deutschland ein großes Werk vollbracht, indem es die europäischen Grenzen anerkannte und auf Gewaltanwendung in allen zukünftigen Konflikten verzichtete. Man habe von Thoiry versprochen als von etwas Neuem, das an die Stelle Locarnos getreten sei. Dies sei nicht richtig. Thoiry wäre eine Fortsetzung von Locarno. Die Franzosen hätten das Rheinland nicht besetzt, um es zu behalten, sondern als Garantie. Die Besetzung könne aber gemildert werden. Ueber die Sicherheiten werde zurzeit verhandelt. Täglich gingen die Verhandlungen einen Schritt weiter. Aber glauben Sie nicht, so rief Briand aus, daß die Verhandlungen leicht sind! Stresemann hätte sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland gesagt, daß es noch viele Schwierigkeiten zu überwinden geben werde, aber der gute Wille auf beiden Seiten wäre die Hauptsache. Ein neuer Krieg würde keine Sieger und Besiegten kennen; er würde eine Katastrophe sein. Daher müsse unter allen Umständen für die Sicherheit Europas gesorgt werden. Zum Schluss seiner Ausführungen ging Briand in einzelnen auf die Ausführungen der Rede Stresemanns ein. Er berührte die Frage der Abschaffung der Militärkontrollkommission und der Investitionskontrolle des Völkerbundes. Stresemann sei über verschiedene Punkte mit ihm uneinig, aber man verhandle jeden Tag darüber. Nicht eine Unterhaltung zweier Minister in einem Gasthaus, sagte Briand wörtlich, kann mit einem Schläge die Lage Frankreichs und Deutschlands verändern und die blutige Vergangenheit auslöschen. Frankreich setze seine Ehre

darein, den Frieden zu schaffen, aber zuerst muß das Sicherheitsproblem geregelt sein. Der Völkerbund muß an die Stelle der gegenwärtigen Kontrollorgane treten. Die Abrüstungsfrage geht noch sehr viele andere Mächte an als nur Frankreich und Deutschland. Wie Stresemann gesagt hat, geht es auf diesem Wege langsam vorwärts, aber man muß ihn beschleunigen. Der Eintritt in den Völkerbund ist nicht, wie Dr. Wirth meint, ein Opfer, sondern eine Ehre und ein Vorteil. Ueber die französische Rheinlandspolitik erklärte Briand, daß Frankreich Opfer gebracht und Zugeständnisse gemacht habe. Seit Locarno, so erklärte Briand, wurde im Rheinland ein Reichskommissar ernannt. Die französischen Besatzungstruppen sind vermindert worden. 20 von 100 der besetzten Wohnungen wurden zurückgegeben. Die Urteile aus der Zeit des Ruhrkampfes wurden aufgehoben und neun Zehntel der Ansprüche Deutschlands wurden erfüllt. Frankreich hat also den verhältnismäßigsten Geist gezeigt. Briand stellte dann in Abrede, daß diese Politik ein Fehlschlag sei, sondern es seien in der Richtung einer Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern Fortschritte erzielt worden. Die Fühlung sei aufgenommen worden was einen großen Fortschritt bedeute, der eine weitgehende Sicherung biete. Zum Schluss erklärte Briand, daß er der Ueberzeugung sei, daß die Erziehung der interalliierten Kontrolle durch die Völkerbundskontrolle weit davon entfernt sei, die Sicherheit Frankreichs zu vermindern, sondern diese im Gegenteil hierdurch vermehrt werde.

Die französisch-italienischen Besprechungen

Briand sprach zuvor auch über die französisch-italienischen Beziehungen. Er bedauerte, daß die Erregung in Italien sich immer gegen Frankreich lehne, wobei er feststellte, daß Frankreich diese Ereignisse immer ausschließlich habe vorübergehen lassen. Der französische Botschafter habe wegen der italienischen Zwischenschritte Schritte unternommen und Frankreich habe Genugtuung erhalten, so daß die guten Beziehungen mit Italien wieder hergestellt seien. Italien müsse aber erkennen, daß diese Familienstreitigkeiten weit genug getrieben worden seien und nun aufhören müssen.

Reichstag und besetzte Gebiete.

Fortsetzung der Etatberatungen.

Die Notlage des Saargebietes.

Berlin, 1. Dezember. Im Reichstag wurde gestern die Beratung des Nachtragssetats wieder aufgenommen. Sie galt fast ausschließlich dem Haushalt für die besetzten Gebiete. Die Enttäuschung über die kaum spürbaren Wirkungen von Thoiry, die sich bereits bei der außenpolitischen Debatte geäußert hatte, kam bei dieser Gelegenheit abermals zum Durchbruch. Die alten Klagen, das alte Lied: der Druck der Besatzung hat sich nicht merklich gemildert. Besonders die Vertreter des Saargebietes schälerten in bewegten Worten die dort herrschende Notlage. Der Zentrumsabgeordnete Hoffmann-Kaulek stellte die empörende Tatsache fest, daß sich seit Einleitung der Verständigungsaktion die Zwischenfälle sogar noch gehäuft hätten. Dr. Zapf von der Volkspartei kennzeichnete insbesondere die Rolle, die der berichtigte Avertant Rouzier gespielt hat. Trotzdem forderte er die Regierung auf sich nicht durch Rücksichtnahme auf das Saargebiet zu Konzessionen drängen zu lassen, die zum Schaden des gesamten Deutschlands ausschlagen könnten. Lieber wolle das Saarland weiter die Besatzung ertragen. Minister Bell, der im Nebenamt die besetzten Gebiete betreut, und der selber Rheinländer, gerade diesem Aufgabenkomplex seines Doppelportefeuilles die liebevollste Aufmerksamkeit widmet, konnte nur auf eine bessere Zukunft vertrauen. Gewiß, die Wirkungen von Thoiry sind bisher minimal. Gleich Stresemann hegt auch er indes die Hoffnung, daß es Briand doch noch gelingen werde, sein in Thoiry gegebenes Wort einzulösen. Einstweilen freilich wird man sich noch auf längere Sicht in Geduld fassen müssen. Als die wichtigste Aufgabe seines engeren Bereichs bezeichnete Bell die Reform des Ordonnanzsystems und der Militärjustiz. Der Fall Germersheim wird am 20. Dezember vor die Gerichte kommen.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich über die Entschädigung der Ruhrkämpfer. Dr. Bell widersprach der sozialdemokratischen Behauptung, daß bei der Abgeltung der Schäden die mittleren und kleineren Betriebe der Großindustrie gegenüber benachteiligt worden seien. Was man in der Beziehung am Anfang vielleicht versäumt habe, sei inzwischen durch Bewilligung des sogenannten Härtefonds nachgeholt worden. Die Nachforderungen für die besetzten Gebiete wurden schließlich in vollem Umfang bewilligt.

Bei der Festberatung des Nachtragssetats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde vom Haushaltsausschuß eine Position von zwei Millionen Reichsmark für Kindererziehung neu geschaffen und genehmigt.

Beginn der Völkerbundstagung.

Am Genf, 1. Dez. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond ist gestern abend aus Berlin wieder nach Genf zurückgekehrt. Im Laufe des gestrigen Tages sind zu der am 1. Dezember beginnenden Tagung des Ratskomitees bereits der französische Delegierte Paul Boncour, der holländische Außenminister van Karnebeel und der rumänische Gesandte in London Titulescu hier eingetroffen. Dem Ratskomitee liegt ein Antrag der französischen Regierung vor. Der französische Antrag, der eine besonders beschleunigte Mobilisierung des Sicherheitsystems des Völkerbundes bei drohender Kriegsgefahr vorsieht, stammt von Paul Boncour und wird von diesem heute dem Ratskomitee vorgelegt werden. Der polnische Vorschlag befaßt sich mit den Beziehungen zwischen der nationalen Organisation der Hilfsleistung und der radikalen Abrüstung. Der finnländische Vorschlag behandelt die Stellung derjenigen Staaten, die mit Rücksicht auf ihre besondere geographische Lage sich hinsichtlich der Abrüstung gegenüber ihren Nachbarstaaten in einer relativ ungünstigen Lage befinden. Das Ratskomitee wird eine Denkschrift des Generalsekretärs des Völkerbundes sowie einen Bericht des belgischen Senators Drouquier entgegennehmen. Die Eröffnungssitzung des Ratskomitees findet heute nachmittag um 4 Uhr statt.

Vandervelde auf den Vorschlag Ratsvorsitzender?

Am Berlin, 1. Dez. Der Vorwärts läßt aus Brüssel melden, Reichsaußenminister Dr. Stresemann habe dem Generalsekretär des Völkerbundes während seines Berliner Aufenthaltes vorge schlagen, den Vorsitz für die Dezemberberatung des Völkerbundsrates an Belgien zu übertragen und Deutschland den Vorsitz während der Märzsession zu überlassen.

Um die Biermächtekonferenz.

Am Paris, 1. Dez. Eine Londoner Meldung, wonach die deutsche Regierung in Paris Schritte unternommen habe, um auf eine Zusammenkunft Stresemanns mit Briand und Chamberlain noch vor der Völkerbundstagung zu dringen, wird an zuständiger Stelle in Paris demontiert. Man weist vielmehr darauf hin, daß die Initiative zu dieser Zusammenkunft von Briand ausgehe. Nach demgemäß sei bei der Reichsregierung angefragt worden, wie sie

Tages-Spiegel.

- Briand hielt gestern in der Kammer eine mit großem Beifall ausgenommene Rede über Frankreichs Außenpolitik, wobei er besonders auf die deutsch-französischen Beziehungen einging.
- Der Reichstag genehmigte gestern den Haushalt für die besetzten Gebiete.
- Der Haushaltsausschuß des Reichstages führte die Aussprache über die „D.M.B. zu Ende ohne die Haltung der Regierung zu mißbilligen.
- Die gestrige Ministerpräsidentenwahl im sächsischen Landtag ist ergebnislos verlaufen.
- Die Besprechungen über die Kontrollfrage werden in der nächsten Woche in Genf von dem Außenministern Deutschlands und der Alliierten fortgesetzt werden.
- Der französische Botschafter in Tokio Claudel ist zum Nachfolger Bengers in Washington ernannt worden.
- Der polnische Außenminister Zaleski wird in Paris eine Zusammenkunft mit Tschitscherin haben.
- In Griechenland haben sich die Führer der Parteien über die Bildung einer Koalitionsregierung geeinigt.

sich zu einer Besprechung während oder nach der Genfer Konferenz stellen würde. Eine inoffizielle Zusage der Reichsregierung liege bereits vor, doch darf hervorgehoben werden, daß sich das Berliner Auswärtige Amt auf die Bereitwilligkeit beschränkt hat, aber von sich aus keinen Schritt unternommen hat und unternehmen wird.

Französische Befürchtungen.

Nach den gestrigen offiziellen italienischen Erklärungen werden die Aussichten für eine Viermächtekonferenz (Deutschland, England, Frankreich und Italien) wieder als besser bezeichnet. Das „Echo de Paris“ befürchtet daher, daß sich Briand schließlich doch „überreden“ lassen werde, mitzumachen. Das Blatt benutzte die Gelegenheit, um erneut gegen eine solche Konferenz zu plädieren, die Frankreich keinerlei Vorteile bringen könnte. Es würde besser sein, wenn man den Völkerbundsrat allein handeln ließe. Die italienisch-französischen Fragen ließen sich am besten in direkten Verhandlungen zwischen den beiden Staaten regeln. Wenn Briand mit der Viermächtekonferenz einem deutsch-italienischen Zusammengehen vorgreifen wolle, so werde er gerade das Gegenteil erreichen. Eine derartige Konferenz werde die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien nur beschleunigen.

Die Abrüstungsfrage.

Einigung zwischen Paris und London bevorstehend.

Am Paris, 1. Dez. Habas meldet aus London, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und England über die deutsche Abrüstungsfrage eine vollständige Einigung der beiden Regierungen erwarten ließen. Es bestche die Hoffnung, daß sich die englische Regierung in kürzester Zeit dem Standpunkt Frankreichs anschließen werde. Das Memorandum der englischen Regierung sei dem französischen Außenminister am 10. November durch den englischen Botschafter überreicht worden. Die französische Regierung habe das englische Memorandum sofort dem Versailler Militärkomitee unterbreitet, dessen Antwort 8 Tage später der englischen Regierung bekannt gegeben worden ist. Auch der offiziöse „Petit Parisien“ spricht von einem sehr zufriedenstellenden Stand der englisch-französischen Verhandlungen über die noch unregelmäßigen Punkte der deutschen Abrüstung. Auf alle Fälle werde die Unterredung, die Chamberlain am Donnerstag und Freitag mit Briand und Poincare haben werde, dazu dienen die noch bestehenden Auffassungsunterschiede über die Tragweite der einzelnen von Deutschland noch nicht erfüllten Forderungen zu beheben.

England und China.

Erklärungen Chamberlains über die Lage in Hankau.

Am London, 30. Nov. Sir Austen Chamberlain erklärte im Unterhaus, daß in der Lage in Hankau eine ernste Entwicklung eingetreten wäre. Eine Gewerkschaft von Angehörigen der chinesischen Zollverwaltung sei am 21. November mit der Unterstützung eines hochgradigen Beamten gebildet worden. Die Gewerkschaft habe mitgeteilt, daß ihr Ziel darin bestehe, das ausländische Element aus dem chinesischen Zolldienst zu entfernen, um dadurch die chinesische Zollverwaltung unter eine rein chinesische Kontrolle zu bringen. Das englische Auswärtige Amt hat den von den britischen Konsulanten in Hankau übermittelten Drahtbericht, in welchem um Streikkräfte zum Schutze gegen antiausländische Demonstrationen gebeten wird, der Admiraltät weitergegeben

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichspräsident besucht Krefeld. Nach einem beim Oberbürgermeister von Krefeld eingelaufenen Schreiben ist der Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg am Montag den 22. März in Krefeld zu erwarten.

Deutsche Bücher als Reparationsleistung. Der italienische Unterrichtsminister teilt mit, daß aus Deutschland eine zweite Bücherlieferung als Reparationsleistung eingetroffen ist. Es handelt sich um 18 000 Bände im Werte von 200 000 Goldmark. Die Bücher sind an die Universitäten und Lehranstalten des Landes verteilt worden. Der Unterrichtsminister weist in seinem Rundschreiben auf den großen wissenschaftlichen Wert der Bücher hin.

Um ein deutsch-französisches Industriearbeit. Der frühere Kolonialminister und derzeitige Präsident der französischen Kolonialbank Andre Lebou bespricht in der „Information“ an leitender Stelle die Möglichkeiten eines deutsch-französischen Industriearbeit. Die Gedankengänge Andre Lebons gipfeln in der Feststellung, daß der Zusammenschluß der Industrien der beiden Länder nicht zu einer Auffindung neuer Absatzmärkte für Frankreich führen könne und daher nicht den Interessen Frankreichs entspreche.

Der Luftverkehr im besetzten Rheinland. Im Laufe dieser Woche hofft man in der Deutschen Luftfliegerei mit den vorbereitenden Maßnahmen so weit fertig zu werden, daß die Auslieferung des Streckennetzes für die am 1. April beginnende neue Luftverkehrsstation in Angriff genommen werden kann. Inwiefern es möglich sein wird, den Kölner Flughafen zu einer großen Anflugstation für die Fluglinien nach Brüssel, Paris und London auszubauen, wird von den Pariser Luftfahrtverhandlungen abhängen.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Der schweizerische Bundesrat nahm in einer besonders vertraulichen Sitzung den Bericht der Sachverständigenkommission entgegen, die die ersten Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in Berlin führte. In den Kreisen der schweizerischen Delegation rechnet man erst für Ende Mai bis Juni mit dem Abschluß eines Handelsvertrages. Diese Schlussverhandlungen sollen in Genf stattfinden.

Rücktritt des Vorschalters Bosdari. Wie das B. L. erfährt, dürfte der italienische Vorschalter Graf Bosdari nicht mehr nach Berlin zurückkehren. Als voraussichtlicher Nachfolger wird Graf Bordonaro, früher Vertreter Italiens in Prag, Wien und Brüssel, genannt. Graf Bordonaro, der, wie übrigens auch Graf Bosdari, ein geschriebenes Mitglied der faschistischen Partei ist, wird als sehr befähigt und energisch und als gründlicher Kenner der mitteleuropäischen Politik bezeichnet.

Deutsch-polnischer Grenzvertrag. Am 27. Januar wurde in Polen durch den deutschen Gesandten und Bevollmächtigten Dr. Ederdt und den Bevollmächtigten der polnischen Regierung der deutsch-polnische Vertrag zur Regelung der Grenzverkehrsverhältnisse unterzeichnet. Der Vertrag enthält Bestimmungen über Festsetzung und Beurkundungen, sowie über Kennzeichnung, Sicherstellung und Unterhaltung der deutsch-polnischen Grenze, über die Benutzung der Grenzgewässer und der Grenzwasserläufe, die Abgabefreiheit bei der Veräußerung von Grundbesitz, der durch die Grenzen abgetrennt wird usw.

Polen beabsichtigt abzurufen? Wie der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, ist die polnische Regierung bereit, ihre militärischen Rüstungen im Einverständnis mit der französischen Militärkommission in Warschau um nahezu die Hälfte herab zu mindern. Wie der Vertreter der P. L. erfährt, ist über die Frage des permanenten Sitzes Polens im Völkerbundrat noch keine Entscheidung getroffen worden.

Demonstrationen in Paris gegen die neuen Steuern. Die Verbände der Pariser kleinen Kaufleute hielten eine Versammlung zum Protest gegen die neuen Steuern ab. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug, der versuchte, bis zur Kammer vorzudringen. Die Polizeibeamten hatten starke Abwehrungen vorgenommen. Sechs Demonstranten wurden verhaftet.

England mahnt seine Schuldner. Aus Athen wird gemeldet, daß der englische Gesandte dem griechischen Außenminister einen Brief überreicht hat, in dem die griechische Regierung ersucht wird, die Rückzahlung der während des Krieges in England gemachten Anleihe zu beschleunigen. Die Schulden belaufen sich auf 150 Millionen Drachmen.

Rücktritt italienischer Professoren. Infolge politischer Unstimmigkeiten mit faschistischen Studenten legten der Rektor der Universität Florenz und mehrere Professoren ihre Ämter nieder. Man nimmt an, daß das noch verschiedene andere Hoch-

schulprofessoren tun werden, da auch an anderen Universitäten scharfe Gegenätze zwischen der Professorenschaft und den faschistischen Studentengruppen bestehen.

Der Geschäftsbericht der Reichspost.

IV Berlin, 4. Febr. Die Reichspost gibt jetzt ihren Geschäftsbericht für den Dezember vorigen Jahres heraus. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der aufgegebenen Briefsendungen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 3,4 Prozent aufweist. Der Postanweisungs-, Postauftrags- und Postnachnahmeverkehr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Gesamtzahl der Sprechstellen im Fernsprechwesen betrug im Dezember 2 531 344 gegen 2 519 438 im November, der Funktelegraphenverkehr mit dem Auslande zeigt gegenüber November einen Zugang von 19 Prozent, die Zahl der Teilnehmer am Unterhaltungsgrundfunk hat die erste Million überschritten. Der Kassenschluß zeigt an Einnahmen 145,6 Millionen gegenüber 163,1 Millionen an Ausgaben, d. i. eine Mehrausgabe von rund 18 Millionen. Die Einnahmen sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, es wurde nicht einmal der Stand vom Dezember 1924 erreicht. Der Grund hierfür ist die allgemeine Wirtschaftskrise. Die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichspost ist zur Zeit außerordentlich gespannt. Ob es möglich sein wird, durch strengste Beschränkung der Ausgaben einen Fehlbetrag am Schluß des Wirtschaftsjahres zu vermeiden, muß abgewartet werden.

Die deutsch-franz. Verhandlungen.

IV London, 4. Febr. Nach Meinung des Pariser Korrespondenten des „Daily Herald“ macht die deutsch-französische Verständigung trotz des Widerstandes der französischen Militärbürokratie Fortschritte. Die Grundlage der Annäherung bestünde in einem Austausch finanzieller Vorteile gegen politische. Frankreich werde seinerseits einer Herabminderung der Rheinlandarmee und möglicherweise sogar der Räumung eines Teiles der zweiten Zone zustimmen, falls Deutschland seinen Widerspruch gegen einen Verlaufs der deutschen Eisenbahnbonditionen aufgeben. Ferner würde, wie der Korrespondent hinzufügt, zurzeit noch eine Reihe von anderen Fragen behandelt, darunter der Rücktritt des französischen Vorschalters der Saarregierung Kauff sowie die Frage der Rückgabe der Bergwerke im Saargebiet. Dafür verlange angeblich die französische Regierung einen Betrag von 390 Millionen, während Deutschland nur 200 Millionen anbietet. Man nehme an, daß der von Deutschland zu bezahlende Betrag etwa 250 Millionen sein würde.

Frankreichs falsches Spiel am Rhein

Zeitgemäße Erinnerungen.
Paris, 4. Febr. Der sozialistische Abgeordnete Uhrig erinnert in der „Ere Nouvelle“ an die verschiedenen Versuche der Franzosen Separationsbewegungen in den Rheinlanden zu führen. Gleichzeitig mit der Bewegung hätten der General Góard in Landau und der General Mangin in Mainz davon geträumt, kleine selbständige Republiken zu schaffen. Clemenceau sah ein, daß ihn dies lächerlich machte und berief sie ab. General Dégoutte und der Oberkommissar Tirard versuchten künstlerische und literarische Propaganda und redeten dem Quai d'Orsay vor, wie stark die Stimmung in den Rheinlanden sei, sich vom Reich abzulösen. Poincaré nahm diese Behauptungen ernst und schob die Dorian, Mattes und Smeets vor. Nur dem Linksbund sei es zu danken, daß mit der separatistischen Bewegung Schluß gemacht wurde, sonst wäre Locarno unmöglich geworden. Uhrig erinnert daran, daß mit dem Bestand der französischen Truppen die Separatisten die Rathhäuser erklimmen, wobei ihnen die französischen Tanks zur Seite standen. Er erklärte schließlich, daß nur, wenn Frankreich ein ehrliches Spiel treibe, es sicher sein könne, die ganze Welt für sich zu haben.

Rakowski über die russische Außenpolitik

Paris, 4. Febr. Botschafter Rakowski, der nunmehr von Moskau die Rückreise nach Paris angetreten hat, hat dem Moskauer Vertreter der Havasagentur gegenüber außer Erklärungen über die bevorstehenden russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch Erklärungen allgemeiner politischer Art gegeben. Er sagte, er sehe keinen Grund, die polnisch-sowjetistische Annäherung, die bereits angebahnt sei, hindern könnte.

Dies sei nicht vom Opportunismus diktiert, sondern durch tieflegende Gründe, nämlich erstens durch die geographische Lage und die internationale Politik, und zweitens durch die wirtschaftliche und besonders die industrielle Vergangenheit Polens. Was das territoriale Statut Westeuropas anbetreffe, so werde Russlands Verhalten durch die Verträge diktiert, die es unterzeichnet habe, und im übrigen beruhe es auf dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Was Eisab-Vorbringen anbetreffe, so habe er entgegen einer in Form und Inhalt unrichtigen Meldung einer Moskauer Zeitung niemals den von Deutschland 1871 begangenen Gewaltakt gebilligt, gegen den die internationale Arbeiterschaft stets protestiert habe (1) Der Abschluß des türkisch-russischen Vertrages sei ein überzeugendes Dementi der Gerüchte eines italienisch-russischen Vertrages gegen die Türkei oder über einen türkisch-russischen Vertrag gegen Italien, gegen Frankreich, England oder irgend einen anderen Staat. Was die Abrüstungskonferenz anbetreffe, so stelle er sich diese nur auf der Grundlage der völligen Gleichheit aller beteiligten Länder vor. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ebenfalls daran teilgenommen, könne zur Herstellung dauernder Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten beitragen.

Die Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Enttäuschung in Amerika.
IV Paris, 4. Febr. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in politischen Kreisen einen sehr unangünstigen Eindruck gemacht. Präsident Coolidge hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es sich nur um eine augenblickliche Vertagung handle, und daß die Frage sobald als möglich wieder aufgegriffen werde. Das Staunen der Amerikaner über die Vertagung sei unjöglicher, als sie sich mit der Konferenz einverstanden erklärt hatten, obwohl sie nicht ihren ursprünglichen Absichten entsprach. Nach dem „Newport Herald“ beabsichtigt Coolidge für den Fall, daß die Konferenz für längere Zeit vertagt werde, eine neue Konferenz in Washington vorzuschlagen. Nach der „Chicago Tribune“ habe man in Washington den Eindruck, England versuche seine alte Position als erste Seemacht wieder zu erringen. England werde den Vorschlag machen, daß die Flotten in Zukunft nur noch aus Kreuzern bestünden und hoffe, in Genf bedeutend mehr Kreuzer als die Vereinigten Staaten zugehen zu erhalten, weil das weiterentwickelte britische Reich mehr Schiffe zu seinem Schutz nötig habe als die Vereinigten Staaten. Der amerikanische Vorschlag für die Entwaffnungskonferenz gehe voraussichtlich dahin, daß das Verhältnis von 5:5:3 auch auf die Hilfsstreitkräfte ausgedehnt werde. Die amerikanische Flotte brauche Großkampfschiffe und U-Boote wegen der Länge der Küste, die Amerika zu verteidigen habe und zum Schutze seiner auswärtigen Besitzungen.

Die französische Finanzkrise.

Herriot für Verständigung zwischen Regierung und Kartellgruppen in der Finanzfrage.
IV Paris, 4. Febr. Kammerpräsident Herriot wurde gestern von dem radikal-sozialistischen Rhonoverband einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Bei dieser Gelegenheit hat Herriot eine Rede gehalten, in der er die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen der Regierung und den Kartellgruppen zur Klärung der Finanzfrage betonte.
Caillaux warnt vor einem Steuerstreik.
IV Paris, 4. Febr. Caillaux warnte vorgestern in einer Versammlung von Kaufleuten und Industriellen in Le Mans vor dem Steuerstreik, für den jetzt in ganz Frankreich Propaganda gemacht wird. Die Autorität der Regierung müsse gewahrt werden. Frankreich sei im Vergleich zu anderen Ländern in einem Zustand wirtschaftlicher und industrieller Blüte. Es müsse daher gejagt werden, daß die finanzielle Krise nicht durch eine Wirtschaftskrise abgelöst werde.

Ständig. Inferieren bringt Gewinn!

gend bemerkt und jetzt sollten es alle just auf die Villa abgesehen haben? Das ist doch merkwürdig! Damals haben sie, so viel man weiß, nichts geraubt. Vielleicht sind sie verschreckt worden und wollen das jetzt nachholen? Die Gnädige wird ja sicher auch viel Geld bei sich haben... und es sind nur Frauen in der Villa drüben jetzt!

Dann müßte man sie aber eigentlich warnen! Heidy sah unerschrocken vor sich hin. Sollte sie es tun? Um elf hatte sie „Sturbe“ bei Frau Torwesten...
„Wie sehr der Mensch aus?“
„Noch ziemlich jung. Vielleicht fünfundsiebenzig Jahre. Mit kleinem braunem Schnurrbart und kurzgeschrittenem Haar. Mehr klein und schwächlich.“
Heidy versank in tiefes Nachdenken. Dann konnte es also der alte Dytion — der einzige, den Barry nicht kannte, weil er sich ja damals nicht in England aufgehalten hatte, nicht sein. Wer aber sonst?
„Fräulein,“ sagte plötzlich jemand leise neben ihr, „ich möchte Ihnen etwas sagen!“
Zusammenschreckend blickte sie auf.
Der Birt war fort. Wahrscheinlich hatte man ihn abgerufen, denn er sprach drüben an der Haustür mit seiner Frau. An seiner Stelle stand Karl, der jetzt gute Zeiten hatte, weil man ihn, seit Frau Torwesten seiner für gelegentliche Hausarbeiten und kleine Votengänge bedurfte, nicht mehr zu Felbarbeiten verwenden konnte.
„Was willst du, Karl?“ fragte Heidy den Jungen, der ein pfiffig geheimnisvolles Gesicht machte.
„Ich wollte Ihnen nur sagen, daß ich hörte, was der Onkel Ihnen eben erzählte, und daß es nicht wahr ist! Der Mann, den Barry gestern aufstöberte, ist kein Gauner.“
„So Woher weißt du denn das? Kennst du ihn?“
„So ein bißchen. Aber das dürfen Sie keinem Menschen verraten. Ich sage es auch nur Ihnen.“
„Wer ist er?“

Das Haus des Sonderlings.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.
36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Es schien ihr unmöglich, daß Frau Torwesten ganzlich außer Beziehung zu ihren Verwandten stand. Früher oder später mußten doch die Dytions einen Versuch machen, sie zu sprechen, oder Frau Torwesten mußte das Verlangen haben, sie aufzusuchen.
Aber es kam, so scharf Heidy auch aufpaßte, weder bei Tag noch bei der Nacht ein Brief oder gar ein fremder Mensch in die Villa und ebensowenig tat Frau Torwesten einen Brief schreiben. Auch Hempel und Dr. Hertlinger ließen nichts von sich hören.
So war mehr als eine Woche vergangen und Heidy legte sich jetzt manchmal die Frage vor, ob sie ihren zwecklosen Wackposten hier nicht doch lieber unter irgend einem Vorwande aufgeben sollte.
Vielleicht wußte Frau Torwesten wirklich nichts.
Da gab es eines Abends Geschrei und Hundegebell im Willengarten drüben. Heidy, die unter einer der Linden saß, konnte nichts sehen, weil die Bäume und Sträucher der Garteneinfassung ihr den Ausblick raubten.
Sie eilte darum hinaus in ihr Zimmer, wo sie über dieselben hinweg die Villa und den davor liegenden Arealplatz übersehen konnte.
Dort stand Frau Torwesten mit der Engländerin und den beiden Dienstmädchen. Sie liebte Barry. Alle schienen ein wenig erregt, ohne daß sich dafür eine Ursache erkennen ließ.
Heidy rief Rosina, aber diese wußte nichts.
Erst am andern Morgen erzählte ihr der Birt, als er ihr das Frühstück brachte, daß am Abend zuvor ein fremder Mann drüben über den Gartenzaun und zwar an der Waldseite habe einsteigen wollen. Aber Barry habe ihn gleich gewittert und hätte ihn sicher zerrissen, wenn der Mann nicht noch rechtzeitig über den Baum zurück gestiegen wäre.

Heidy hörte hoch auf. Sollte es einer der jungen Dytions gewesen sein? Naum. Den hätte Barry wohl nicht so feindlich empfangen. „Kannst man den Mann?“ fragte sie. „Nein,“ sagte Lagler, „aber ich muß Ihnen sagen, daß mir die Geschichte gar nicht gefällt. Dieser Mensch war gestern nicht zum erstenmal hier und ich fürchte, er plant nichts Gutes.“
Heidy blickte den Birt betroffen an.
„Woraus schließen Sie dies?“
„Weil er schon einmal früher hier war. Am Tag, ehe die Gnädige hier ankam. Da lehrte er hier ein, ließ sich ein Glas Wein geben und gab sich für einen Reisenden in Aunfänger aus. Er hatte auch Proben bei sich. Aber ich merkte doch, daß er, wenn ich ihn nicht beobachtete, heimlich immer die Villa drüben ansah. Und ehe er dann fortging, ging er richtig hinüber in den Garten, spazierte um das ganze Haus u. sah sich alles so genau an, als wolle er es lausen. Ich ärgerte mich darüber und fragte, ihm folgend, ob er vielleicht diese Absicht habe? Da antwortete er lachend: „Warum denn nicht? Der Herr, dem es gehört, wird es wohl kaum mehr brauchen.“ Damit machte er sich davon. Gestern Abend wollte er rückwärts über den Zaun klettern, wobei ihn Barry verschreckte. Und heute, als ich früh mit Anton draußen auf unserem Acker arbeitete, was glauben Sie, wer sich da heimlich am Waldbrand hinstellte? Wieder derselbe Mensch! Anton sprang ihm gleich nach, aber da war er auch schon wieder vom Erdboden verschwunden und wir konnten ihn nirgends mehr entdecken.“
„Das ist allerdings sonderbar! Wer mag er sein und was beabsichtigt er hier?“
„Was sonst als einen Einbruch in der Villa? Ein Gauner ist er sicher, sonst würde er nicht so heimlich tun. Aber ich kann mir nicht helfen, Fräulein, ich mache mir sogar noch andere Gedanken über ihn!“
„Welche?“
„Daß er am Ende vielleicht gar schon damals mit dabei war, als der englische Artist hier ermordet worden ist! Wie zuvor hat man Gesindel hier in der Ge-

Umschau.

Die Debatte über die auswärtige Politik im Reichstag hat auf der einen Seite den Beweis geliefert, daß die Mehrheit des deutschen Volkes trotz der Rückschläge der letzten Wochen gewillt ist, sich weiterhin einseitig für den Gedanken der Verständigung mit Frankreich einzusetzen, auf der anderen Seite läßt sie aber auch keinen Zweifel darüber, daß die vor uns liegenden Wintermonate von entscheidender Tragweite insofern sein werden, als sich bis zum nächsten Frühjahr zeigen muß, ob diese Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, von der letzten Endes das Wohlergehen ganz Europas abhängt, möglich ist. Es ist erfreulich, dabei feststellen zu können, daß in den hauptsächlichsten Teilfragen unserer Außenpolitik die Geschlossenheit über alle Parteigrenzen hinweg in unserem Volke sehr fest ist. Dieses enge Verbundenheit in der Vertretung unserer Forderungen, die jeder objektive denkende Ausländer als äußerst minimal bezeichnen muß, macht es der Reichsregierung erst möglich, aus der Offensive, in die sie sich bezüglich der Außenpolitik im letzten Jahre befunden hat, in die Defensive überzugehen. Man mißverstehen das nicht. Defensive in diesem Zusammenhang bedeutet nicht etwa den Wegfall jeder Aktivität. Nein, gerade gesteigerte Aktivität wird in unserer jetzigen, durch den Zwang der Verhältnisse bedingten außenpolitischen Denkfähigkeit mehr als je notwendig sein. Die Defensive als solche ist jetzt nicht mehr zu umgehen, wo alle praktischen Vorschläge des deutschen Außenministers, alle Pläne von Thoiry auf der Gegenseite offenkundig nicht die Förderung finden, die wir verlangen können, nachdem auch Herr Briand zu erkennen gegeben hat, daß Frankreich gewillt sei, ein politisches Geschäft auf Gegenseitigkeit mit Deutschland abzuschließen. Wir verstehen, wenn der Reichsaussenminister in seiner Rede vor dem Reichstag diese Dinge nicht angeschnitten hat. Sie liegen außerhalb des Bereiches seiner Taktik. An gewissen amtlichen Stellen hat man aber vielleicht Thoiry doch etwas zu leicht genommen. Es wäre besser gewesen, wir hätten von unserem Standpunkte aus mit der schärfsten Kritik eingeseht, die jetzt, wie das Beispiel der französischen Presse zeigt, Frankreich für sich in Anspruch nehmen zu können glaubt, obwohl es sich bei der Grundlage des Thoirygeschäfts von vornherein — wirtschaftlich gesehen — in der zweifellosen besseren Position befindet. Dr. Wirth hat es ganz schroff formuliert, indem er sagte, die deutsche öffentliche Meinung sei nach Thoiry nicht richtig geführt worden. Er hat recht, aber gerade deshalb wird es jetzt um so notwendiger werden, diesen Fehler wieder gutzumachen, indem wir das französische Volk und seine Regierung darauf aufmerksam machen und darüber belehren, daß es der Gegenseite kaum ansehe, von Deutschland in Verwirrung der Grundtöne des Verständigungsprogrammes von Thoiry schließlicher mehr als jemals früher an effektiven Leistungen zu verlangen. Es wird schwer sein, dem französischen Volke diese Erkenntnis beizubringen, um so schwerer, als Herr Poincaré die Zügel der Regierung in der Hand hält und Herr Briand als Außenminister nurmehr eine Nummer unter seinen Kollegen darstellt. Wir werden gut tun, uns darauf einzurichten, das unbeschadet des guten persönlichen Willens Briands der Kampf sich in den Wintermonaten außerordentlich jäh gestalten wird. Gerade deshalb wird es aber auch notwendig sein, in unseren Reihen Disziplin bis zum letzten zu üben. Schon beliebt die Pariser Presse, und zwar jene Organe, die Herrn Poincaré nahe stehen, einen Ton, den wir als endgültig verstanden hoffen dürfen. Diese Tatsache zeigt uns, woran wir sind, sie erhellt blitzartig die Situation. Das schlechte Gewissen Poincarés und sein böser Wille sind an der Arbeit, die Grundlage der europäischen Verständigung zu unterhöhlen. Schritt für Schritt wird Briand zurückgepfiffen. Wir aber sind auf der Hut. Wenn auch im Reichstag die Dinge nicht so konkret gesehen und von der Tribüne herab behandelt werden konnten, wir wissen trotzdem, woran wir mit Frankreich sind.

Die britische Reichskonferenz ist beendet. Der Bericht, den der Unterausschuß der britischen Reichskonferenz veröffentlicht hat, ist zweifellos das Ergebnis sehr eingehender Beratungen gewesen, und man ist kein Hellseher, wenn man behauptet, daß es vor seiner Redaktion zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem englischen Premierminister und den Vertretern der Dominions gekommen ist. G. W. H. der Bericht erkennt im Grunde nur einen Zustand an, der in den Jahrzehnten vor dem Kriege längst im Werden war, der aber durch den Krieg und seinen Ausgang außerordentlich beschleunigt worden ist. In aller Form wird heute den Dominions bezeugt, daß sie selbständige Gemeinwesen sind, daß sie das Recht haben, selbständig mit anderen Mächten Staatsverträge abzuschließen, daß ihnen das aktive Gesandtschaftsrecht zusteht und nicht allerlei anderes, was staatsrechtlich ebenso als Kriterium völliger Souveränität zu bewerten ist. Zur Frage der auswärtigen Beziehungen heißt es allerdings ganz allgemein, daß die Führung hierin bei der Zentralregierung liege. In einem Nachsatz wird dann aber sofort bemerkt, daß das „noch einige Zeit“ so bleiben müsse. Die Einschränkung, die in dieser Bindung liegt, zeigt deutlich, wie weit das Gefühl des britischen Empire bereits aufgelockert ist, ja, daß man eigentlich schon von seinem Untergange sprechen muß. Das ist ja doch eigentlich das Charakteristische am britischen Weltreich bisher gewesen: die strafzentralisierte Staatsgewalt, die in jedem Augenblick von London aus die großen politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Imperiums mobilisieren konnte, wenn es um Fragen ging, die englische Interessen betrafen. Es spielte dabei keine Rolle, ob es sich nur um Dinge handelte, die lediglich für das Mutterland von Bedeutung waren oder ob das ganze Empire mit allen seinen über die ganze Welt verstreuten Gliedern daran interessiert war. Zum letzten Mal wurde diese gewaltigen, in einer Hand zusammengefaßten Machtmittel beim Ausbruch des Weltkrieges eingesetzt, als Großbritannien sich in die Front unserer Gegner einreichte. Diese Zeiten sind nun widerbringlich dahin. Dahin nicht zuletzt durch die Schuld der englischen Staatsmänner selbst, die für den Eintritt Großbritanniens in den Weltkrieg an der Seite unserer Gegner eingetreten waren. Schon während des Krieges selbst konnte die britische Regierung die wachsende Unzufriedenheit der Dominions über die ungeheuren Kriegskosten, zu denen sie in steigendem Maße sowohl in personeller wie in materieller Beziehung herangezogen wurden, nur durch bedeutende politische Versprechungen niederhalten. Und alle Nachkriegskabinette seit Lloyd George haben gegenüber den immer einheitlicher und dringender vorgebrachten Forderungen der Kolonialländer auf Verzichtsbildung Schritt um Schritt zurückweichen müssen. Es mutet fast wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte an, daß ausgerechnet das konservative Kabinett Baldwin das bedeutendste Zugeständnis in dieser Richtung hat machen müssen. Kein Zweifel: der Föderalismus

hat hier auf der ganzen Linie gefiegt, ein Föderalismus, der in logischer Konsequenz schließlich zu einer völligen Auflösung des britischen Empire führt — denn das ist das Empire praktisch jetzt — führen muß, sobald die weltpolitischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Man soll sich freilich in der nicht-englischen Welt keinerlei Täuschung über das Tempo dieser Entwicklung hingeben. Der im Grunde konservative Sinn jedes Engländer spricht durchaus dagegen, daß die Dinge sich in den nächsten Jahren überstürzen werden. Immerhin sind schon jetzt durchaus weltwirtschaftliche und weltpolitische Konstellationen denkbar, die beispielsweise das Ausschleiden Kanadas aus dem Empire zur Folge haben würden. Es wird ja immer offensichtlicher, daß sich zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika die wirtschaftlichen Bande von Tag zu Tag enger knüpfen, was bereits zur Einrichtung einer kanadischen Gesandtschaft in Washington geführt hat. Dieser Prozeß würde natürlich wesentlich beschleunigt werden, sobald es etwa einmal zu Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten käme. Es darf schon jetzt als sicher gelten, daß Kanada in einem solchen Falle nicht auf der Seite Englands zu finden wäre. Es spricht durchaus für den politischen Sinn Englands, daß es die Entwicklung der letzten 50 Jahre in diesem Bereich vor aller Welt offen anerkennt. Denn nichts verpflichtet schließlich mehr, als die offene Anerkennung staatsrechtlicher Erwerbungsansprüche. Das britische Empire ist für alle Zeiten erledigt, aus seinen Trümmern ist ein britischer Staatenbund entstanden, der durch das starke Geschichtsgedächtnis und das Bewußtsein interessenmäßiger Verbundenheit des Briten Lebenskraft bekommt. Der hohen politischen Kunst, die seit fast tausend Jahren in England zu Hause ist, wird es zweifellos gelingen, auch jetzt noch die Bindungen der früheren Kolonien und jetzt selbständigen Staaten an das Mutterland kürzere oder längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die Geschlossenheit aber ist dahin, und soviel steht schon jetzt fest: einer neuen schweren Belastung, wie sie der Weltkrieg für das englische Weltreich gewesen ist, wird der neue Bund nicht noch einmal standhalten.

Die Lage der Landwirtschaft.

Dr. Haslunde über die Agrarkrise.

III. Stuttgart, 30. November. Auf Einladung der württembergischen Zentrumspartei sprach Reichsminister Dr. Haslunde in der Oberamtsstadt Saulgau über agrar- und sozialpolitische Aufgaben der Gegenwart. Der Minister führte u. a. aus: Neben der nach der wirtschaftlichen wie nach der moralischen Seite so gefährlichen Arbeitslosigkeit lenkte mitten im Strudel der allgemeinen Nöte, die nun schon so lange anhaltende Agrarkrise, die die Fundamente unserer Wirtschaft wie unseres ganzen Staates zu unterhöhlen drohe die Aufmerksamkeit aller verantwortlichen Regierungsstellen auf sich. Der Minister gab einen kurzen Überblick über die hauptsächlich im Laufe des letzten Jahres zur Behebung der Agrarkrise getroffenen Maßnahmen. Wenn er bei allem Ernst der Lage doch mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die Zukunft sehe, so vertraue er dabei vor allem auf die Arbeitswilligkeit und Anpassungsfähigkeit, auf jene trotzig, kernige Kraft unseres Landvolkes, die im Ertragen wie im Kampfe ums Dasein gleich stark sei und uns über die ungleich schwereren Hungersjahre des Krieges und der Nachkriegszeit hinweggeholfen habe. Eine der schwersten Sorgen für alle weitsichtigen politischen und wirtschaftlichen Führer bilde die zweckmäßige Unterbringung unserer erwerbsfähigen und arbeitsfreudigen Bevölkerung, die durch den Zuwachs der vertriebenen Auslandsdeutschen noch wesentlich vergrößert zurecht auf einen allzu engen Raum zusammengedrängt sei. Solange wir keine Kolonien besäßen, bleibe der einzige Ausweg aus dieser Lage ein großzügig, tatkräftig durchgeführtes Siedlungsprogramm. Zurück aufs Land müsse der Ruf für die Zukunft lauten, denn die Schaffung neuer Siedlungsfähigen und siedlungsfreudigen Nachwuchses aus dem überbevölkerten bayerischen Süden und Westen wie auch aus den Kreisen der austretenden Landarbeiterschaft sei für die Siedler selbst wie auch für Staat und Volkswirtschaft in jeder Hinsicht der Erwerbslosenunterstützung vorzuziehen. Er hoffe, daß es uns in Anknüpfung an die Erfahrungen der Vergangenheit nunmehr gelingen werde, auch auf dem Gebiete der Siedlung endlich zu einer großen Tat zu kommen. Besonders für die Landwirtschaft stelle die neue Zeit neue Aufgaben, in die der Bauer hineinwachsen müsse. Neben dem Ziele der Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung stehe die Sorge für die Ausbildung des Nachwuchses obenan. Durch eine weitgehende Aufklärung in Winterschulen, Unterrichtskursen, Versuchsringen usw. müßten den Landwirten die neuesten Ergebnisse der Wissenschaft, sowie alle einschlägigen Fortschritte der Technik nahe gebracht werden, damit diese sich in der Praxis auswirkten. Wenn im übrigen der Bauer heute mehr als je danach strebe, durch Steigerung und Verbesserung seiner Produktion die Ernährung des deutschen Volkes unabhängig von der ausländischen Zufuhr sicherzustellen und gleichzeitig zu verbilligen, so mache er auf der anderen Seite nicht ohne Grund diejenigen Rechte geltend, die ihm in Gesellschaft und Staat zuständen. Dasselbe Ziel verfolgten alle anderen Berufe und nicht zuletzt unsere Arbeiterschaft, verlange mit Recht, daß ihre Arbeit durch einen gerechten Lohn bezahlt werde und wehre sich entschieden gegen die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte des Auslandes und im Notfall gegen Streikbrecher aus den eigenen Reihen. könne man es da den Landwirten verargen, wenn diese für die in den Produkten stehende Arbeit in Form halbwegs rentierender Preise den gerechten Lohn forderten und vom Staate verlangten, daß er sie nicht einer vielfach übermächtigen Konkurrenz des Auslandes, welches ihre Existenz gefährde, preisgäbe? Landwirtschaft und Arbeiterschaft müßten bei gerechter Erwägung der Sachlage Hand in Hand gehen.

Kleine politische Nachrichten.

Kreditgesuch der Firma Krupp an das Reich. Es wird bestätigt, daß ein Kreditgesuch der Firma Krupp bei der Reichsregierung vorliegt. Die Reichsregierung hat jedoch noch keine Stellung dazu genommen. Eine Entscheidung ist in den nächsten Tagen auch noch nicht zu erwarten.

Gemeindeauswahlwahlen im bremischen Landgebiet. In 11 bremischen Landgemeinden fanden am letzten Sonntag Gemeindeauswahlwahlen statt. Insgesamt ergibt sich im Vergleich mit den letzten Wahlen bei den Sozialdemokraten eine geringe Stimmenzunahme, bei den bürgerlichen Listen eine leichte Abnahme der Stimmen. Eine sozialdemokratische Mehrheit ergibt sich in 5 Gemeinden, während in den übrigen 5 Gemeinden die bürgerlichen Parteien die Mehrheitsstimmen haben.

Die französische Regierung dementiert die Wirtschaftskrise. In Regierungskreisen wird das Gerücht, wonach eine schwere Wirtschaftskrise bevorsteht, dementiert, aber zugegeben, daß gewisse Industriezweige sich in Schwierigkeiten befinden, besonders diejenigen Industrien, die ihren Aufschwung und ihre Existenz nur den durch Krieg u. Inflation geschaffenen Bedingungen verdanken. Die Schwierigkeiten werden jedoch nach Meinung der amtlichen Stellen von dem Finanz- und Wirtschaftssachverständigen übertrieben.

Spaltung der polnischen monarchistischen Partei. In der polnischen monarchistischen Partei ist ein Konflikt ausgebrochen, der zu einer Spaltung der Partei führte. Der Konflikt ist durch Differenzen wegen der Stellungnahme der Partei zu der Person des Marschalls Pilsudski entstanden. Die Gruppe, die scharf gegen Pilsudski vorgegangen ist, die sogenannten Endelen mit Senator Kurnatowski an der Spitze, ist aus der monarchistischen Partei ausgetreten und beabsichtigt eine neue Partei, genannt „Lager der polnischen Monarchisten“ zu gründen.

Italienisch-jugoslawische Besprechungen. Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Unruhen in Albanien fanden wiederholt Besprechungen zwischen dem italienischen Gesandten Vordere und dem Außenminister Ninkisch statt. Vordere erbat dabei im Auftrag Mussolinis Auskunft darüber, was die jugoslawische Regierung zu tun gedenke, falls der albanische Aufstand nach Süditalien übergreifen würde, und ob ein gemeinsames Vorgehen als notwendig erachtet werde. In einem amtlichen Bericht über die Besprechungen heißt es, daß zwischen Süditalien und der italienischen Regierung eine völlige Übereinstimmung festgestellt worden sei. Man sei zu der Ansicht gelangt, daß der Aufstand als rein innere Angelegenheit Albaniens zu betrachten sei. Die beiden Staaten wünschten nichts anderes als die ruhige Entwicklung Albaniens.

Noch immer Kämpfe im Rif. Nach Meldungen aus Fez scheinen die noch nicht unterworfenen Stämme den Kleinkrieg wieder in größerem Umfang aufgenommen zu haben. Vorgesandene Posten wurden in den letzten Tagen wiederholt überfallen und ausgeplündert. In der Zone von Taza kam es zu Zusammenstößen.

Revolution in Panama u. Costarico. Die Blätter melden aus Paris: Nach einer vom „Internationale“ veröffentlichten Meldung sollen den Staaten Panama und Costarico eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen sein.

Aus aller Welt.

Der Reichspräsident an die Universität München.

Der Reichspräsident hat anlässlich der 100. Jahressfeier an den Rektor der Universität München folgendes Telegramm gerichtet: Den Professoren und Studenten der Universität München entbiete ich zur Jahrhundertfeier der Universität meine herzlichsten Glückwünsche. Möge Ihre alma mater, deren Name in der Geschichte des deutschen Geisteslebens einen Ehrenplatz einnimmt, auch weiterhin der Entwicklung der Wissenschaft dienen und möge sie für Bayern, wie für unser gesamtes Vaterland Männer heranbilden, die an Wissen und Charakter den schwereren Aufgaben gewachsen sind, die Deutschlands Zukunft an sie stellt. gezeichnet von Hindenburg, Reichspräsident.

32 000 Mark bei der Duisburger Stadthauptkasse unterschlagen.

Am 9. Nov. beging der Stadtoberinspektor Schmitz Selbstmord. Von der Stadtverwaltung wurde mitgeteilt, daß die Tat nicht auf dienstliche Gründe zurückzuführen sei. Bei dem Monatsabschluss der Stadthauptkasse hat sich nun herausgestellt, daß Schmitz Unterschlagungen in Höhe von 32 000 Mark verübt hat.

Schwere Schlagwetter-Explosion auf der Zeche de Wendel.

Bei Hamm sind infolge Schlagwetterexplosionen drei Leute getötet, 5 schwer und 10 leicht verletzt worden. Der Herd der Explosion ist anscheinend ein Abbaubetrieb in einem Floz der mittleren Fettkohlenpartie. Durch Selbstentzündung der Kohle ist ein kleiner Brand entstanden, der die Schlagwetter entzündet hat. Eine andere Entzündungsmöglichkeit ist nicht gut denkbar, da in der betroffenen Abteilung überhaupt nicht geschossen wurde und die Leute mit elektrischen Grubenlampen ausgerüstet sind. Die Explosion ist durch die vorhandene Gesteinsauflockerung auf ihren Herd beschränkt worden. Die Toten und Verletzten konnten sofort geborgen werden. Weitere Menschenleben sind nicht in Gefahr. Dagegen war es bisher nicht möglich, den Grubenbrand zu löschen. Es wird daran gearbeitet, ihn einzudämmen.

Ein Auto vom Zug überfahren.

Der D-Zug 2 auf der Strecke Berlin-Hannover überfuhr bei starkem Nebel beim Bahnhof Nidda, unweit Rathenow, das Personenauto des Rittergutsbesizers von Ratte. Das Auto wurde zertrümmert. Von den Insassen sind 2 tot und 2 schwer verletzt. Die Lokomotive des D-Zuges entgleiste. Im Zuge wurde niemand verletzt.

Ueberfall auf ein Gefängnis.

In Gleiwitz in Oberschlesien ist ein verwegener Ueberfall auf das Gefängnis unternommen worden. Eine Gruppe von Leuten ist in das Gefängnis eingedrungen. Der diensthabende Justizwachtmeister, der sich den Eindringenden gegenüberstellte, wurde erschossen. Ein zweiter Beamter wurde übermächtig und in eine Zelle gesperrt. Darauf gelang es den Leuten, in das Gefängnis zu kommen und aus verschiedenen Zellen zehn Strafverurteilte, die sich in Einzelhaft befanden, zu befreien. Der Regierungspräsident hat eine Belohnung von 1000 Mark auf die Wiedererfassung der Gefangenen ausgesetzt.

ebiet. In 10
Sonntag Ge
im Vergleich
eine geringe
e leichte Ab
schreibung er
gemeinden di

irtschaftsfr
eine schwer
ben, daß ge
inden, beson
und ihre Ge
Bedingungen
nach Meinung
tschäftsachver

et. In der
ausgebrosch
stift ist dur
u der Person
e, die scharf
Erbelen mit
anarchistis
eine Partei
inden.

zusammenhang
nden wieder
andten Vor
ordrers erbat
das die jugo
sche Auffant
gemeinames
dem amtlichen
wischen Sü
rige Ueberein
sticht gelangt.
Albanians zu
anderes als

aus Fez schet
ntrieg w eder
Vorgehobene
berfallen und
Zusammen-

e melden aus
lichten Mel
eine revolul

ahresfeier an
elegamm ge
verstät Mün
erstät meine
deren Name
n Ehrenplatz
schenhaft die
es Vaterland
den schweren
t an sie stellt
spräsident.

unterschlagen.
schmitz Selbst
daß die Tat
dem Monats
gestellt, daß
et verübt hat.

de Wendel.
drei Leute ge
Herb der G
loeg der mitt
Kohle ist ein
n zündet hat
enkbar, da in
n wurde und
stet sind. Die
sicherung auf
erlehten konn
nen sind nicht
den Gruben
einzudämmen

überfuhr bei
now, das Per
Auto wurde
schwer verleh
ge wurde nie

Ueberfall auf
e Gruppe vor
Der dienst
enden gegen
wurde über
g es den Leit
ebenen Zeller
rden, zu be
ang von 1000
isgelehrt.

Landeskirchentag!

Pfarrer Baßler in Hirsau

ist nicht unter dem Gesichtspunkt der bedauerlichen Gruppen-
einteilung aufgestellt, sondern zur Ermöglichung einer
Wahl und besonders aus den im Wahlauftruf genannten
Gründen. Er

würde sich der Gruppe II
anschlüssen.

Oberhaugstett, 1. Dezember 1926.

Todesanzeige.



Mein lieber Gatte, unser lieber Vater

Joh. Gg. Reutschler

ist nach langem, schwerem Leiden sanft ent-
schlafen.

Sie trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag Mittag 1/2 Uhr.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfiehlt

sämtliche Backartikel

in bester Qualität

ff. Gewürze

sowie

Reichardt-Schokolade und Pralinen

Otto Stikel Wwe.

Winterschuhwaren

in Filz und Kamelhaar

gute Qualitäten, äußerst billig

empfiehlt

Carl Schaub, Ob. Marktstr. 32.

Consum-Berein Calw.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern
beim Einkauf für die

Weihnachts-Bäckerei

sich von der Vorzüglichkeit und Preis-
würdigkeit unserer Backartikel zu über-
zeugen. Wir haben es uns angelegen
sein lassen, nur das Beste für unsere Mit-
glieder zu beschaffen. Insbesondere emp-
fehlen wir die Erzeugnisse der Großein-
kaufs-Gesellschaft deutscher Consum-
vereine mit dem Zeichen

G. C. G.

deckt euern
ganzen Weih-
nachtsbedarf nur in eurem eigenen Ge-
schäft. Um einen zu starken Geschäfts-
andrang am Jahreschluss zu vermeiden,
bitten wir unsere Mitglieder, die im Laufe
des Jahres erhaltenen Rabattmarken
jetzt schon vorschriftsmäßig in den Ver-
teilungsstellen abzuliefern, wo ihnen Be-
scheinigung ausgehändigt wird.

Großer Weihnachts-Verkauf!

Der wirtschaftlichen Notlage anpassend haben wir uns entschlossen,
unsere Preise bedeutend zu ermäßigen, sodass es Jedermann für wenig
Geld möglich ist, seinen Angehörigen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Einige Beispiele:

Taschentücher	15 Pfg., 18 Pfg., 25 Pfg., 32 Pfg., 42 Pfg., 50 Pfg. und höher
Selbstbinder	75 Pfg., 95 Pfg., 1.50, 1.90 und höher
Einsackhemden	1.95, 2.50, 2.95, 3.50 und 4.50
Zefirhemden	5.50, 6.90, 7.50, 8.50, 9.50
Unterhosen für Herren	1.95, 2.75, 3.25, 3.75, 4.50
Flanell-Herrenhemden	3.50, 4.50, 5.50, 6.50
Herrn-Socken	75 Pfg., 95 Pfg., 1.50, 2.—, 2.50
Herrn-Hosen	4.50, 6.50, 8.50, 9.50, 10.50, 12.50, 15.50 und höher
Herrn-Anzüge	32.—, 39.—, 45.—, 55.—, 65.—, 75.—, 85.—, 95.—
Herrn-Mäntel	31.—, 42.—, 48.—, 55.—, 65.—, 78.—, 85.—
Gummimäntel für Herren	16.—, 19.—, 24.—, 28.— 32.— und 40.—
Damenstrümpfe	95 Pfg., 1.10, 1.30, 1.75, 1.95, 2.25, 2.60, 3.75
Damenhosen	1.95, 2.25, 2.45, 2.65, 3.50, 4.50
Damentrikot-Prinzeßunterröcke	3.25
Damenträgerschürzen	1.95, 2.45, 3.50 und 4.50
Damenhemden	1.25, 1.80, 2.25, 2.75, 3.50, 3.95
Kostümröcke	3.50, 5.50, 7.50, 9.50, 11.50 und 13.50
Seidene Tanzkleider	17.50, 19.50, 21.50 und 23.50
Wollkleider	7.75, 12.50, 14.50, 18.50, 21.—, 24.— bis 45.—
Samtkleider	35.—, 36.—, 38.—, 42.—
Damenmäntel	16.50, 19.—, 25.—, 28.—, 32.—, 40.—, 45.—
Kinderkleider	von Mk. 2.25 an
Knaben-Sweateranzüge	7.90, 8.50, 9.50, 10.50
Knaben-Manchesteranzüge	13.50, 17.50, 19.50, 21.50
Gestrickte Anzüge	17.50, 19.50, 21.50, 23.50, 25.50
Wachstuche, Bettvorlagen, Tischdecken, Läuferstoffe	in größter Auswahl
Calwer Wolldecken	9.50, 12.50, 17.50 und 21.—
Bettbarthente, Bettfedern, fertige Betten in jeder Preislage.	
Betttücher, Handtuchstoffe, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe u. Damaste	zu bekannt billigen Preisen.

Trotz dieser billigen Preise erhält jeder beim Einkauf von
Mk. 5.— an ein schönes, praktisches Weihnachtsgeschenk.

Unser Geschäft ist bis Weihnachten
auch Sonntags geöffnet:

Geschwister Kleemann

Obere Biergasse

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Neu eingetroffen:

Lindener Samte

in vielen Farben, echt Indanthren
wasch- und lichtecht

Kinder-, Backfisch- und Damen-Kleider

in reicher Auswahl
empfiehlt

Franz Schwenlen

Verkaufe einige Paar schöne Oberländer Ferkel	Ein größeres Zimmer mit Kochgelegenheit sofort zu mieten gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.	Eine gebrauchte Post- Schreibmaschine ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.
 gut ans Fressen gewöhnt Wilh. Burchhardt, Oberhaugstett.	Größeren Dauerbrand- Ofen hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäfts- stelle ds. Bl.	Der Stadtauflage des heutigen Blattes liegt ein Prospekt der Firma Robert Barth, Musikinstrumenten- handlung, Stuttgart, Alter Postplatz, bei.



Empfehle zu Weihnachten
goldene Herrenketten
und Uhren
Brillant-, Siegel- und
Cheringe
Damenhalsketten u.
Anhänger
Brotschen, Manschettenknöpfe usw.
in allen Preislagen

Eugen Dipp, Ob. Marktstr. 23 H.

Schützen Sie sich vor kalten Füßen
durch

Lörcher's echte Calwer Stiefel

gef. gesch.
sowie

Lörcher's gestrickte und gewalkte Einlegeohlen

D. R. P. a.

Verkaufsstelle:
Albert Wochele, Lederhbl., Calw.

Raumheizung

mit neuzeitlichen Gasheizöfen

eignet sich infolge der sehr kurzen Anheizdauer und
der selbsttätigen Temperatur-Regelung vortref-
lich für Kirchen, Versammlungs-, Wirtschafts- und
Verkaufsräume, Empfangs-, Warte- und Sprechzim-
mer, Bäder, Schlaf- und Speisezimmer, Garagen usw.
Zur Lieferung und Einrichtung empfiehlt sich

Sch. Essig Tischlerei und Installations-Geschäft

Bedeutende Ermäßigung der Gaspreise für
Heizwerke ist bestimmt zu erwarten.

Stammheim.
Im Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Freitag,
den 3. ds. Mts., vor-
mittags 9 Uhr, gegen bare
Bezahlung
einen circa 1 Jahr alten

Stier.

Zusammenkunft beim Rat-
haus.
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw:
Dhngemach.

Weihnachtsgeschenk!

Violine

billig zu verkaufen.
Emil Fenchel, Hirsau.

Haarpfannen
repariert
J. Obermatt, Friseur.



Puppenstüb- Tapeten

in schöner Auswahl
bei
Adolf Junginger
Tapetiergeschäft
Obere Marktstraße 31.



Planckuch

Frische
Cabliou
und
Schellfische

42 Pfg.
im Ausschnitt

45 Pfg.

Büdtlinge

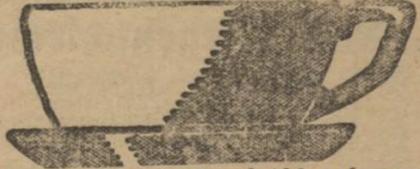
geräucherte

Seringe

Stück 10 Pfg.

Planckuch

Serva-Kaffee



beste Mischungen, stets frisch gebrannt

Carl Serva, Calw Sec. 120

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ämtergericht Calw.

Im Güterrechtsregister wurde am 29. November 1926 eingetragen: Die Ehegatten Albert Weber, Schuhmacher in Deckenpfronn und Pauline geb. Paulus daselbst haben durch Vertrag vom 25. November 1926 Gütertrennung vereinbart.

Verursachung von Bränden durch das Spielen der Kinder mit Zündhölzern u. feuergefährlichen Stoffen.

Die Tatsache, daß unverhältnismäßig viele Brände durch Spielen unbeaufsichtigter Kinder mit Feuerzeug u. mit besonders feuergefährlichen Stoffen, wie Spiritus und dgl., verursacht werden, veranlaßt das Oberamt, erneut darauf hinzuweisen, daß Zündhölzer und andere feuergefährliche Gegenstände so sicher aufzubewahren sind, daß Kinder keinen Mißbrauch damit treiben können.

Auf solche Weise verursachte Brandfälle werden nicht entschädigt, die Schuldigen dagegen streng bestraft. Eine strenge Bestrafung erfolgt auch dann, wenn die Verfehlung keine unglücklichen Folgen gehabt hat.

Die Ortsbehörden werden beauftragt:

1. die oberamtliche Bekanntmachung vom 18. Dez. 1917, betr. die Verhütung von Brandschäden (Calwer Tagblatt 1917 Nr. 300), auf ortsübliche Weise bekannt zu machen;
2. Die Mitglieder der Ortsfeuerwehrgesellschaften und die Ortspolizeibehörden auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 1. Mai 1914 (Calwer Tagbl. Nr. 105) hinzuweisen.

Calw, den 29. November 1926.
Oberamt: Nagel, Amtmann.

Haus- und Gartenbesitzer

überzeugt euch vor Eintritt der Kälte von der Dichtigkeit des Hauptabstufhahmens der Wasserleitung im Keller und Garten. Reparaturen sind jetzt schon vorzunehmen.
Calw, den 30. Nov. 1926.
Führt. Wasserwerk.

Bekanntmachung

Wir sehen uns genötigt, wiederholt darauf hinzuweisen, daß landwirtschaftliche Motoren während der Lichtperiode nicht benützt werden dürfen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat in letzter Zeit derart überhandgenommen, daß bei Fortbestehen dieses unheilbaren Zustandes eine ordnungsmäßige und einwandfreie Lichtversorgung nicht mehr möglich ist. Unser Personal hat strenge Weisung, die Betriebe scharf zu kontrollieren und wir sind gezwungen, jede Uebertretung mit sofortigem Stromenzug zu bestrafen. Von den Motorenbesitzern sollten wir erwarten können, daß sie unsere Vorschriften im Interesse der Lichtabnehmer und einer geordneten Betriebsführung beachten; wer das nicht tut, hat die Folgen zu tragen und wir werden uns durch etwaige Anzeigen und Anfeindungen in der Erfüllung unserer Pflicht nicht beirren lassen.

Station Leinach, den 30. November 1926.
Gemeindeverband-Elektrizitätswerk
Leinach-Station (G. E. L.)



Weihnachten naht.

Mancher besinnt sich, was er schenken soll. Häufig wird ein Geldgeschenk willkommen sein. Diesem gibt man eine edle Form dadurch, daß der Betrag für den Beschenkten bei der Sparkasse angelegt wird. — Der hübsche Einlagerschein, in besonderem Geschenk-Umschlag, paßt zum Feste, namentlich, wenn eine unserer blühenden Heimsparbüchsen mit überreicht wird.

Württ. Landessparkasse

gegründet 1818
Öffentliche Ersparnis- und Kreditanstalt
mit Girokasse, Bank- und Börsenabteilung
Kanzleistr. 25 Stuttgart b. Stadtgarten
650 Zweigstellen im Lande



Regenschirme

alle Preislagen
einfache und moderne
schöne Auswahl
empfehlen

Geschw. Deuschle
Calw, Lederstraße.

Hermann Beisser

Marktplatz

Sonderverkauf

in billigem Porzellan mit kleinen Fehlern

Platten	Teller	Tassen	Kaffee- Milch- kannen
---------	--------	--------	-----------------------------

Evang.

Buchhandlung
Carl Spambalg
Calw, Hermannstr.
Fernsprecher Nr. 189

empfiehlt
Künstlerbilderbücher
Biblische Bilderbücher
Biblische Leporellobilderbücher
Kinderwandspiele
Weihnachtswandspiele.

Für Wiederverkäufer
empfiehlt
sämtliche Sorten
Baumkerzen
Ch. Schlatterer.

Reste

in Schürzenzeug,
weiß Hemdentuch,
Sackentücher usw.
sind eingetroffen.
1 Posten

Taschentücher
mit kleinen Fehlern, auch
für Hofstaararbeiten ver-
wendbar, sind preiswert zu
haben.

Geschw. Stanger,
Obere Marktstr. 23.

Celluloid
Fürschöner
Carl Herzog

Reparaturen an
Puppen-Wagen
werden rasch u. billig
ausgeführt
Otto Weiser Kronengasse

Puppen

Jedes Teil werden rasch
und billig repariert.
Ich halte alle Ersatz-
teile zu billigen Preisen
auf Lager.

Friseur Obermatt
Bahnhofstraße.



Ritterrogorie E. Kistowski
Einfache neuer I. Qual.
Gummimägen
in Bringmaschinen
unter Garantie
Fr. Herzog b. „Rögle“.

Aufruf

zur Wahl in den Landeskirchentag.

Am Sonntag, den 5. Dezember d. J., findet in Stadt und Bezirk Calw eine **Ersatzwahl** für den **Landeskirchentag** statt. Dem Landeskirchentag als der Vertretung des evang. Kirchenvolks in Württemberg kommt seit der Trennung von Staat und Kirche erhöhte Bedeutung zu; er ist dazu berufen, ein entscheidendes Wort bei der Gestaltung des gesamten kirchlichen Lebens zu reden, insbesondere beschließt er die Kirchengesetze und die Kirchensteuern.

Alle Kirchengenossen, welchen es nicht möglich ist, einen Vertreter der Süddeutschen Vereinigung zu wählen, werden gebeten, bei der Wahl abzustimmen und ihre Stimme dem

Herrn Pfarrer a. D. Bakler in Hirjan zu geben, der durch seine vielseitige kirchliche Tätigkeit in Bezirk und Land besonders befähigt ist, bei der Beratung der dem Landeskirchentag in nächster Zeit vorliegenden Fragen sachkundig mitzuarbeiten.

Die Wahl des Herrn Pfarrer Bakler empfehlen die Unterzeichneten mit dem Anfügen, daß von jeder Agitation in Versammlungen und Presse abgesehen wird:

- Calw: Beutel, Rektor; Hilligardt, Verwaltungsaktuar; Hölder, Amtsgerichtsrat; Müller G., Direktor; Rheinwald, Rechtsanwalt; Rippmann, Oberamtmann; Schmid, Carl, Direktor; Stälin, Antonie Frau; Stiefel, Jugendrat; Stüber, Karl, Kaufmann; Wagner, Georg, Kommerzienrat; Wagner, Rosa, Fabrikantenehefrau. — Agendabach: Förcher, Jakob, Gemeindevorsteher. — Althengstett: Braun, Schultheiß; Filds, Christian, Schultheißenjohn, Bauer; Schimpf, Pfarrer; Zippener, Jakob. — Alzenberg: Schürle, Friedrich, Gemeindevorsteher in Oberried. — Dachtel: Lehrer, Schultheiß. — Deckenpfronn: Dongus, Gemeindevorsteher; Eichenhardt, Oberlehrer. — Emsberg: Hamann, Michael; Hamberger, Mart.; Keppler, Georg; Keppler, Jakob; Mast, S. F.; Reutischer, Schultheiß. — Gedingen: Grundgeiger, Pfarrer. — Hirjan: Vader, Oberlehrer; Koch, B., Obersekretär; Wölter, Finanzrat. — Holzbrunn: Wacker, Wilhelm. — Martinsmoos: Schädel, Schultheiß. — Mühlhausen: Graze, Schultheiß; Stanger, Gemeindevorsteher. — Monakam: Gramer, Wolfgang, Pfarrer. — Neubulach: Müller, Stadtschultheiß. — Neuhengstett: Masse, Schultheiß a. D. — Oberhangstett: Proß, Schultheiß. — Oberkollmangen: Jörger, Oberlehrerehefrau; Förcher, Schultheiß. — Ofelsheim: Gehring, Heinrich, Gemeindevorsteher; Schöffler, Gustav. — Ottenbronn: Erlenmaier, Schultheiß. — Rittenbach: Pfommer, Schultheiß. — Simmshausen: Fischer, Schultheiß. — Sonnenhardt: Koch, Amtsdienerr a. D.; Mast, Gemeindevorsteher; Rothacker, Gemeindevorsteher; Pfommer, Wilhelm, Gemeindevorsteher in Reulshausen; Reutischer, Gemeindevorsteher; Schroth, Schultheiß in Lützenhardt. — Stammheim: Kirchherr, Johannes, Steinhauer; Kurz, Forstmeister. — Teinach: Rindler, Gasthofbesitzer; Stockburger, Postmeister. — Unterreichenbach: Geißler, Dr. med.; Kinzinger, Oberlehrer; Würster, Heinrich. — Würtzbach: Burkhardt, Schultheiß; Keppler, Gemeindevorsteher. — Zwergenber: Burghardt, Christian (Lammwirt); Ludwig, Forstmeister. — Oberreichenbach: Keppler, Schultheiß. — Unterhangstett: Keppler, Schultheiß; Stanger, Gemeindevorsteher.

Vollständ. Ausverkauf

aus Gesundheitsrückichten!

Neuerst günstige Einkaufs-
Gelegenheit in

Geschenk-Artikel
wie Schmuckwaren, versilberte
Bestecke, Kaffee-, Tee- und
Lithofservicen, Kuchenplatten,
Wasserkörbe, Tortenschaukeln,
Scheren, Taschenmesser, Weh-
keruhren, Schablonenzu Weh-
stickeren, Schirme und Stöcke

N. Bengenbach Witwe.

Lederstraße 98.

Altershalber verkaufe ich am **Freitag, den 3. Dez.,**
nachmittags 1 Uhr, gegen bar meistbietend:

- Zwei jüngere Schaffkühe
eine 37 Wochen trächtig,
zwei $\frac{3}{4}$ jähr. Zuchtrinder,
einen $\frac{3}{4}$ jähr. Stier,
ein Mutterschwein
samt 5 Wochen alt. Jungen,
- einen Ruhwagen samt Heuleitern,
- einen Einspannerwagen jirka 25 Zentner
Tragkraft,
777 Liter
fassend,
- ein fast neues Güllensäß sehr gut
erhalten,
- eine Puzmühle sehr gut
erhalten,
- eine Kreis-
Säge fast
neu, sowie Sonstiges.

Witwe Gottlieb Fuchs
Simmshausen.